

Christian Baldauf, MdL
Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 11
49. Plenarsitzung, Donnerstag, 25. Januar 2018

Aktuelle Debatte der CDU-Landtagsfraktion
„Personalnot, Beförderungsstau und Überstunden –
Aktuelle Situation der Justiz in Rheinland-Pfalz“

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

25.01.2018

Anrede,

unsere Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass ihre Angelegenheiten von unabhängigen Gerichten entschieden werden. Das ist im Grundgesetz, Art. 19, festgelegt, in der „Rechtsweggarantie.“ Eine Schutzgarantie und sie ist von zentraler Bedeutung. Sie wird deshalb auch der „Schlusstein im Gewölbe des Rechtsstaats“ genannt.

Zugleich hat der Bürger einen Anspruch darauf, dass die Justiz ihren Beitrag zur Sicherung der staatlichen Ordnung leistet bzw. leisten kann. Darauf müssen sich die Menschen verlassen, darauf vertrauen können. Es ist Aufgabe des Staates, Schwerpunkte zu setzen und sie vor allem richtig zu setzen. Deshalb, Herr Justizminister Mertin, begrüßt die CDU-Fraktion ausdrücklich die von Ihnen angekündigte Aufstockung von Stellen in verschiedenen Bereichen der Justiz.

Es entspricht unserer langjährigen Forderung:

- dass die Justiz im Land vernünftige Arbeitsbedingungen hat,
- dass die Bürger und Unternehmen schnelle und qualitativ hochwertige Entscheidungen bekommen,
- und dass Straftaten zügig und konsequent geahndet werden.

Anrede,

sicherlich hängt die Ankündigung des Justizministers auch mit den Koalitionssondierungen in Berlin zusammen. Union und SPD haben einen "Pakt für den Rechtsstaat" vereinbart. In den kommenden Jahren sollen für Sicherheit und Justiz 17 000 Stellen geschaffen werden.

Wenn dies Justizminister Mertin hilft, endlich die dringend erforderlichen Stellenaufstockungen in Rheinland-Pfalz durchzusetzen, soll uns das recht sein. Sie werden uns hier als Unterstützer an der Seite haben!

Mehr Problembewusstsein der Landesregierung in diese Richtung hätten wir uns schon wesentlich früher gewünscht. Warum haben Sie die schwierige, angespannte Personallage in der Justiz derart lange schleifen lassen? Warum haben Sie nicht schon in den Koalitionsverhandlungen mehr Einsatz gezeigt? In allen früheren Koalitionsverträgen zwischen SPD und FDP waren zusätzliche Stellen für die Justiz ausdrücklich festgeschrieben¹. Sie haben das nicht ausgehandelt!

Seit Jahren kämpft der rheinland-pfälzische Richterbund gegen den Personalmangel in der Justiz und fordert eine spürbare personelle Verstärkung bei Richtern und Staatsanwälten. Und genauso lange machen wir auf überlastete Strafgerichte im Land aufmerksam. Denn wo kein Prozess, da auch kein Urteil, keine Strafe, keine Gerechtigkeit.

- Im Dezember 2016 demonstrierten etwa Eltern aus dem Ort **Antweiler** vor dem Landgericht Koblenz, weil sie bereits drei Jahre auf den Beginn eines Prozesses wegen Misshandlung ihrer Kinder warteten. Derart lange Verfahrensdauern verringern die Wahrscheinlichkeit, dass Zeugen sich noch erinnern können. Sie erhöhen die Möglichkeiten, dass Fehler passieren.
- 2015 mussten zwei mutmaßliche **Drogendealer aus der Untersuchungshaft entlassen werden**, weil ihnen wegen Personalmangels am Landgericht Koblenz nicht fristgerecht der Prozess gemacht werden konnte.
- In der Rheinpfalz² habe ich in diesen Tagen gelesen, dass das **OLG Koblenz im Juni 2017 aus dem gleichen Grund einen Haftbefehl aufhob**.
- Und beim **Landgericht Landau** musste Ende des vergangenen Jahres nach einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts ein mutmaßlicher Drogenhändler aus der Untersuchungshaft entlassen werden.

¹ Vgl. Koalitionsvereinbarung 14. WP (2001 – 2006), S. 53; Koalitionsvereinbarung 13. WP (1996-2001), S. 55; Koalitionsvereinbarung 12. WP (1991-1996), S. 47f.

² Ausgabe vom 11.1.2018

Im Beschluss des Bundesverfassungsgerichts heißt es dazu wörtlich, ich zitiere:

„Insbesondere rechtfertigt die seit dem Jahre 2016 andauernde Belastungssituation (...) die zögerliche Verfahrensweise nicht. Diese ist (...) ausschließlich der Justizverwaltung anzulasten, der es obliegt, die Gerichte in einer Weise mit Personal auszustatten, die eine rechtsstaatliche Verfahrensgestaltung erlaubt. Dieser verfassungsrechtlichen Pflicht ist sie nicht nachgekommen und hat zusätzliche Richterstellen erst zu einem Zeitpunkt zur Verfügung gestellt, zu dem eine rechtsstaatliche Verfahrensführung bereits nicht mehr möglich war.“³

Anrede,

das Bundesverfassungsgericht bescheinigt der rheinland-pfälzischen Justizverwaltung, dass sie ihrer verfassungsrechtlichen Pflicht nicht gekommen ist. Sie setzen seit Jahren die falschen Schwerpunkte! Millionen und Abermillionen sind für fragwürdige Projekte verpulvert worden, während wir mit Ihnen um jede einzelne Stelle im Bereich der Inneren Sicherheit ringen müssen.

Anrede,

- Ein Richter am Amtsgericht erledigt im Jahr etwa 670 Zivilverfahren. Fehlt hier nur eine Stelle, haben wir für diese Verfahren keinen Richter.
- Ein Richter am Amtsgericht erledigt im Jahr durchschnittlich 600 Strafverfahren. Fehlt hier nur eine Stelle, haben wir für diese Verfahren keinen Richter.
- Zwischen der Erhebung der Anklage und dem Beginn der Hauptverhandlung vergeht bei Nicht-Haftsachen inzwischen oft mindestens ein Jahr.

Ja, Sie haben in den vergangenen Haushaltsberatungen moderate Aufstockungen vorgenommen. Aber Fakt ist:

Noch immer fehlen rund 60 Richter und 20 Staatsanwälte im Land. Der Richterbund kritisiert hier zu recht, dass erst ein Millionenbetrag ausgegeben wird, um den Personalbedarf zu ermitteln, aber dann wird dieser Bedarf nicht gedeckt⁴.

³ Beschluss vom 20.12.2017 (AZ. 2 BvR 2552/17)

⁴ Quelle: Richterbund RLP, s. Rheinpfalz vom 13.1.2018

Der SWR berichtete in diesen Tagen dass die Zahl der gestellten **Überlastungsanzeigen** von sechs im Jahr 2015 auf 15 im Jahr 2017 gestiegen ist⁵.

Ihr Ministerium sagt dazu: „Die Zahl der Überlastungsanzeigen bewegt sich auf einem sehr niedrigen Niveau“. ⁶ Ist das Ihr Ernst? Und was, wenn wir in die Zukunft blicken? Die Herausforderungen an die Justiz steigen und werden in absehbarer Zeit weiter steigen.

Stichwort **Cybercrime** – die Bekämpfung von Internetkriminalität. Schon heute wird ein Großteil ganzer Deliktsfelder, wie Geschäfte mit Waffen, Kinderpornografie oder Drogen, im so genannten Darknet abgewickelt. Das bekomme ich als Staat also nur mit, wenn ich dorthin schaue und gezielt, z.B. im Darknet, ermittele. Wenn der Staat hier nicht hinschaut, überlässt er dieses Feld den Kriminellen.

Was macht die Landesregierung?

Unserer langjährigen Forderung entsprechend hat sie inzwischen die Landeszentralstelle Cybercrime bei der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz personell aufgestockt. Es gab aber keine Personalverstärkung für das Landeskriminalamt⁷. Das Ergebnis: die Staatsanwälte haben nun zu wenig Ermittler. Im vergangenen Jahr konnte das LKLA bereits ein Verfahren nicht übernehmen⁸. So begegnet die Landesregierung dem neuen Phänomen der Internetkriminalität!

Anrede,

zu lange untätig waren Sie auch beim **Strafvollzug**. Seit Jahren weisen wir auf den Personalmangel hin. In den letzten Haushaltsberatungen hatten wir hier mehr Stellen gefordert. Ihr Haushaltsentwurf, Herr Mertin, sah hingegen die Streichung von 25 Stellen für die Jahre 2017 und 2018 vor. Das wurde durch die regierungstragenden Fraktionen etwas abgemildert, aber es ist bei Kürzungen geblieben.

Und natürlich haben Vorfälle wie jüngst in der JVA Diez auch mit Personalmangel zu tun. Warum haben Sie das so lange verharmlost? Erst jetzt, kurz vor der Anhörung Rechtsausschuss, wurden Sie tätig und kümmern sich um das Problem. Oder: Ich erinnere mich noch genau daran, wie wir hier mit Ihnen darüber gestritten haben, wie die **Gefängnis-Imame** besser sicherheitsüberprüft werden können.

⁵ dpa 18.1.2018

⁶ dpa 18.1.2018

⁷ Vgl. Kleine Anfragen Christian Baldauf und Bernhard Henter, Drs. 17 4983 und 17/4721

⁸ Drs. 17/4983, Antwort auf Frage 3

Jetzt haben Sie endlich ein Konzept vorgelegt, von dem auch wir denken, dass es in die richtige Richtung geht. Aber auch hier: Erst werden Probleme nicht gesehen, dann relativiert, dann vor Schnellschüssen gewarnt und wenn der öffentlich Druck groß genug ist, wird dann doch gehandelt.

Verharmlosen auch im Fall eines **geflohenen Häftlings aus einer Arrestzelle am Amtsgericht Speyer**: Am 9. Januar hat Ihr Ministerium auf den Vorwurf des Personalmangels in Haftanstalten geantwortet: *„Es bestehe kein Grund zur Beunruhigung: Zunächst einmal sei klar, dass die sicherheitsrelevanten Aspekte uneingeschränkt gewährleistet werden können“*.⁹

Recherchen der Rheinpfalz förderten dann zutage, dass am gleichen Tag ein Untersuchungshäftling aus einer Arrestzelle am Amtsgericht Speyer geflohen ist.

Diesen Vorfall haben Sie, Herr Mertin, nicht nur verschwiegen, sondern sogar einen gegenteiligen Eindruck in der Öffentlichkeit erweckt. Dabei hätten Sie die Öffentlichkeit aktiv informieren müssen.

Anrede,

wir erwarten, dass der kommende Haushalt spürbare Verbesserungen für die Justiz bringt. Und wenn wir als Opposition auch mit dieser Debatte Ihre Verhandlungsposition gegenüber der Finanzministerin verbessern konnten, soll es uns recht sein.

⁹ Allgemeine Zeitung 10.1.2018